

*Lothar Albertin, Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945–1948* (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 14), Ferdinand Schöningh, Paderborn 1998, 563 S.

Trotz aller Periodisierungsdebatten der letzten Jahren stellt der inzwischen emeritierte Professor Lothar Albertin die entscheidenden Nachkriegsjahre 1945–1948 in den Mittelpunkt seiner umfangreichen Untersuchung. Fokussiert auf die Region Ostwestfalen-Lippe geht der Autor der Fragestellung nach, wie der Transformationsprozeß von der Diktatur zur Demokratie trotz erschwender Rahmenbedingungen wie Flüchtlingseleid und katastrophaler Versorgungslage gelingen konnte.

Diese Fragestellung konkretisiert Albertin an drei Problemfeldern: der Demokratisierung der Jugend, der Integration der Flüchtlinge und der Gleichstellung der Frauen. Ausführlich wird neben der organisatorischen Entwicklung der einzelnen Parteien deren Stellung zu den einzelnen Feldern angesprochen. Dabei konstatiert Albertin für die SPD, daß die öffentliche Ankündigung von höheren Belastungen für die Bevölkerung durch die Besetzung mit dem entsprechenden Hinweis auf die Verantwortlichkeit des verbrecherischen Naziregimes die Partei politisches Ansehen gekostet habe. Das Gros der Bevölkerung hätte diese Erkenntnis nicht nachvollziehen können und wollen. Trotz dieser Feststellung betont Albertin seine Einschätzung, daß die weitverbreitete Ansicht über die breite Verdrängung der NS-Geschichte gleich nach dem Krieg eine Fehleinschätzung sei. Die Entnazifizierung sei zwar zu einem sinnentleerten Massenvorgang abgesunken. Aber alle politischen Parteien hätten sich in ihrer Gründungsphase mit dem Nationalsozialismus zu befassen gehabt, alle Parteien hätten – vor allem auf der lokalen Ebene – zu einer Umkehr aufgerufen. Dieser Umdenkungsprozeß wird auch sicherlich in den politischen Kreisen stattgefunden haben, ob er damit aber auch gesellschaftlich relevant geworden ist, darf man anhand des o.g. SPD-Ergebnisses sicherlich bezweifeln. Zu Recht weist Albertin darüberhinaus auch auf den Beginn des Kalten Krieges hin, dessen Antikommunismus eine weitere Vergangenheitsaufarbeitung in den Hintergrund schob. An diesem Widerspruch werden die Grenzen der Untersuchung deutlich. Inwieweit organisatorische und politische Entscheidungen dauernden Einfluß auf Werte und Einstellungen hatten, läßt sich über den gewählten methodischen Ansatz nur schwer erschließen. Kontinuitäten werden zwar aufgezeigt – so wurden in einem Rundschreiben der CDU Verhältnisse von Frauen zu Besatzungskräften als „Rassenvermischung“ bewertet –, ihre Wirksamkeit aber genauer zu untersuchen, hätte den Rahmen der Untersuchung gesprengt.

Trotzdem steht die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen im Mittelpunkt. Albertin konstatiert für das Jahr 1945 eine neue Situation, eine Zäsur, die den Beginn seiner Studie zu diesem Zeitpunkt rechtfertigt. Neu ist die Erfahrung des Hungers, die vielen auch existentiell im Bewußtsein geblieben ist. Gleichfalls rechnet er die „Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung“ zu den Merkmalen dieses Zeitraumes. Als grundlegend für die Geschichte der

späteren Bundesrepublik und seiner Demokratie sieht der Autor zudem die Ausbildung eines zwischenparteilichen Grundkonsenses auf der lokalen Ebene nach dem Krieg, der sich auch in den Krisen und Veränderungsprozessen der bundesrepublikanischen Geschichte bewährt habe.

Gleichwohl kommt auch Albertin nicht umhin, Kontinuitäten festzustellen. Dies betrifft vor allem die Frauenfrage. Nicht von ungefähr nimmt dieses Kapitel im Verhältnis zu den beiden anderen Kapiteln über Jugendliche bzw. Flüchtlinge den geringsten Raum ein. In dieser Frage hat sich nach dem Krieg auch in den Parteien das alte Frauenverständnis wieder breitgemacht. Die durch den Krieg erzwungene Gleichberechtigung der Frauen setzte sich nicht fort, die alten Verhaltensmuster traten wieder auf, garniert mit dem zusätzlichen Vorwurf gegenüber den Frauen, daß nur deren Wahlverhalten Hitler überhaupt an die Macht gebracht hätte.

Bei der Jugendpolitik konstatiert Albertin dagegen neue Ansätze. Ausführlich beschreibt er den Jugendhof Vlotho, der auf Initiative des damaligen Jugendamtsleiters des Kreises Herford, Klaus von Bismarck, gegründet wurde. Dort wurde ein Forum für Demokratisierung und politische Bildung speziell für Jugendliche geschaffen, das weit über den Kreis Herford hinauswirkte und Modellcharakter hatte. Nicht nachzuvollziehen ist aber in diesem Zusammenhang die Bewertung der kirchlichen Jugendarbeit durch den Autor. Nach Albertin hat die Kirche gerade in der Jugendarbeit versagt. Mangelnde Aufgeschlossenheit habe in der Kirche dominiert. Eher mit sich selbst beschäftigt als auf gesellschaftliche Probleme eingehend sei die Kirche vor allem als „Amtskirche“ wahrgenommen worden. Politischer Protestantismus habe gegenüber der biblisch bezogenen Frömmigkeit nicht die Oberhand gewinnen können (S. 152). Sucht der aufmerksame Leser in den Anmerkungen Quellen oder Hinweise, die diese Einschätzung begründen, wird er feststellen, daß bis auf das Kapitel über die CDU, das von Petra Gödecke bearbeitet worden ist, überwiegend Sekundärliteratur zitiert wird. In dem Fall der kirchlichen Jugendarbeit muß vor allem eine Aussage aus dem Wort der Westfälischen Landessynode 1951 zur Jugendarbeit herhalten, die den mangelnden Zuspruch der Jugendlichen beklagt (allerdings ist die Herkunftsangabe nicht ganz korrekt). Aussagen über kirchliche Jugendarbeit vor Ort finden sich dagegen nicht. Im Gegenteil: von drei Seiten, die Albertin zu diesem Thema schreibt, haben nur zwei Sätze Bezug auf Minden-Ravensberg.

Die Lücke der spezifisch politischen Jugendbildung, die die Kirchen hinterlassen hätten, haben aus Sicht des Autors die Parteien mit ihren Jugendorganisationen gefüllt. Bei deren Untersuchung fällt dann allerdings dem Autor auf, daß diese nur bescheidene Mitgliederstärken aufgewiesen hätten. Materielle und persönliche Existenzsorgen hätten die Zeit der meisten Altersgenossen absorbiert. Darüber hinaus bemerkt Albertin zu Recht die enge Verzahnung der politisch organisierten Jugendarbeit, der kommunalen Jugendpflege und der kirchlichen Jugendseelsorge. Die Schlußfolgerung Albertins zur kirchlichen Jugendarbeit scheint mir daher aufgrund seiner eigenen Feststellungen und in ihrer Undifferenziertheit nicht haltbar.

Vor allem die Aufnahme, Versorgung und Integration der Flüchtlinge in dieser Region hält Albertin für gelungen. Beispielhaft beschreibt er hier die Leistungsfähigkeit des Landkreises Herford und des dortigen Kreisflüchtlingsausschusses in der Bewältigung der Flüchtlingsprobleme.

Der große Wert dieser Untersuchung des Bielefelder Historikers ist die Darstellung der Entwicklung der politischen Parteien in der Region. Vor allem die Darstellung der CDU, die sich von einem breitgestreuten Hintergrund zu einer geschlossenen Mitgliederpartei unter Konrad Adenauer entwickelte, zeigt die Vielfalt der Möglichkeiten und Eventualitäten, die in diesen Nachkriegsjahren vorhanden waren. Vor allem lokale Ereignisse beeinflussten den Erfolg der CDU im Verhältnis zum Versuch, die alte Zentrumspartei wiederzubeleben. Ein wesentliches Moment sind die konfessionellen Bestrebungen innerhalb der CDU. Auf protestantischer Seite sind vor allem der Herforder Bürgermeister Holzapfel und der Landesgeschäftsführer Lindner die treibenden Persönlichkeiten. Über die Verflechtungen zur westfälischen Landeskirche können weiterhin nur Vermutungen angestellt werden. Das von einem Zeitzeugen zugeschriebene Engagement von Präses Karl Koch bei der Gründung des Kreisverbandes Lübbecke der CDU läßt sich ebenfalls nicht genauer belegen.

Auch wenn die Lesbarkeit der Arbeit durch den zu häufigen Gebrauch von Fremdwörtern leidet, ist dieses Buch ein lesenswerter Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik. Der Wille, allen Widrigkeiten zum Trotz eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frieden und Freiheit nicht nur Schlagworte sind, ist bestimmend für den Neubeginn der deutschen Politik.

Wolfgang Günther

*Jens Banach, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945*, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 1998, 363 S., geb.

Diese zunächst als Dissertation in Hamburg 1996 angenommene Darstellung hat sich ein überaus interessantes Forschungsthema gewählt: ein Porträt jener Führungsgruppe in Kripo, Gestapo und SD, die den nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungsapparat entscheidend bestimmte und lenkte. Der Verfasser beziffert die Größe dieses Führerkorps auf ca. 4.000 Personen, aus denen er eine Gesamtuntersuchungsgruppe von 3.013 und eine (engere) Untersuchungsgruppe von 1.885 Personen ausgewählt hat. Vielleicht liegt es an diesen großen Zahlen, dass die biographische Note relativ (zu) kurz kommt; es überwiegen die statistischen Angaben. Hinzu kommt, dass im Laufe der Untersuchung die Institutionengeschichte doch mehr und mehr die Personalgeschichte überwuchert; man erfährt zwar viel über Zeitumstände, ideologische Beeinflussung, Dienstgrade und Laufbahnen, aber deren jeweilige Wirkung auf die Betroffenen bleibt – zumal exemplarische Einzelfälle kaum vorgestellt werden – unklar und blass. So entstehen keine Personalprofile, die Menschen verblenden hinter ihren Ämtern und Titeln. So kann diese Studie die eigentlich ge-